



Liebe Leserinnen und Leser,

hier ist mein Bericht von der Ratssitzung am 25.3.2010.

■ Aktuelle Anfragen

Aufgrund einer aktuellen Anfrage der FDP, teilte die Verwaltung mit, dass vor dem Beschluss des Aufsichtsrats, Sitzplätze in der Espritarena in Stehplätze umzuwandeln, beim DFB, der DFL und dem Innenministerium abgefragt wurde, ob ein Verbot von Stehplätzen in Fußballarena vorgesehen ist. Die Befragten ließen keine Absicht erkennen, Stehplätze zu verbieten.

Aufgrund einer aktuellen Anfrage von CDU und FDP erläuterte die Verwaltung, dass zurzeit die Vorbereitungen zur Einführung der diamorphingestützten Behandlung für Schwerstopiatabhängige laufen. Das Landeskriminalamt erarbeitet zurzeit ein Sicherheitskonzept. Die Markteinführung ist im Mai vorgesehen. Für die Erlaubniserteilung ist die Bezirksregierung zuständig. Antragsteller, die Diamorphin verabreichen wollen, müssen nachweisen, dass sie in das System der psychosozialen Beratung der Abhängigen eingebunden sind. Der Ausschuss für Gesundheit und Soziales soll in der nächsten Sitzung informiert werden.

■ Anfragen

Aufgrund einer Anfrage der SPD zur Einführung einer Ehrenamtskarte führte die Verwaltung aus, dass bisher etwa 70 Kommunen die NRW-Ehrenamtskarte eingeführt und an 6000 Ehrenamtliche ausgehändigt haben. Das Projekt wird wissenschaftlich begleitet, um die Wirkung der Anerkennung der ehrenamtlichen Arbeit auszuwerten. Ehrenamtliche, die mindestens 5 Wochenstunden ohne Aufwandsentschädigung tätig sind, können diese Karte, die landesweit Vergünstigungen gewährt nutzen. Die Verwaltung will die Auswertung des Projektes abwarten und sieht zunächst Abstimmungsbedarf mit der Liga der Wohlfahrtsverbände.

Mit der Kampagne „Traumpass“, die die Organspendebereitschaft fördern soll, beschäftigte sich eine Anfrage der CDU. Die Verwaltung erläuterte, dass 12.000

Menschen auf Spenderorgane warten und Deutschland hinsichtlich der Spendebereitschaft hinter zahlreichen anderen europäischen Ländern liegt. Die Verwaltung kann sich eine Unterstützung der Kampagne durch Auslage von Informationsbroschüren, Spenderausweisen und Internethinweise vorstellen.

Aufgrund einer Anfrage der Ratsgruppe Freie Wähler zur Einführung eines Ratsfernsehens – Web TV bezifferte die Verwaltung die Kosten mit rd. 1000 Euro pro Ratssitzung und zusätzlich 250 Euro, falls mehr als ein Kameramann eingesetzt werden müsste. Ob die technischen Voraussetzungen für Fernsehübertragungen vorliegen, konnte die Verwaltung nicht bestätigen.

Mit einer Anfrage fragte die Ratsgruppe freie Wähler nach der Gründung der rechten Gruppierung „pro NRW“. Die Verwaltung führte aus, dass die Verwaltung durch die Ratsgruppe über die Gründung eines Kreisverbandes in Düsseldorf informiert wurde. In allen vier Landtagswahlkreisen hat der Kreiswahlausschuss Kandidaten der Gruppe pro NRW zugelassen.

Aufgrund einer Anfrage der SPD zur Neugestaltung der Schadowstraße kündigte die Verwaltung an, dass ein zweistufiges Verfahren in Vorbereitung ist. In der ersten Runde werden grundsätzliche Möglichkeiten diskutiert und Abhängigkeiten und Rahmenbedingungen aufgezeigt. Die Vorbereitungen sollen vor der Sommerpause abgeschlossen werden, sodass im 3. Quartal die für die Öffentlichkeitsbeteiligung notwendigen Beschlüsse eingeholt werden können. In der zweiten Stufe soll die bauliche Ausgestaltung und Detaillierung der gefundenen Lösung entwickelt werden. Das grundsätzliche Procedere wird mit den Vertretern des City-Rings und des Forum Stadtmarketing abgestimmt.

Aufgrund einer Anfrage der SPD zur Umsetzung der in der „Charta von Aalborg“ genannten Zielsetzungen verwies die Verwaltung auf die Auszeichnung als Hauptstadt des fairen Handels, die Projekte Ökoprot und Ökoaudits und die eingerichtete Saga Serviceagentur für Altbausanierung. Die lokale Agenda ist fest verankert, über die Themen wird durch Rundbriefe regelmäßig berichtet.

Aufgrund einer Anfrage von BÜ 90 zur Kürzung des Etats der Kom!ma um 15000 Euro führte die Verwaltung aus, dass dies keine Empfehlung der Verwaltung war sondern die Kürzung erst im Zuge der Haushaltsberatungen durch CDU und FDP erfolgte. Eingesparte Mittel wurden anderweitig eingesetzt, allerdings nicht für Gleichstellungsprojekte. Die Mittelkürzungen führen zu einer Reduzierung der Kooperationsveranstaltungen.

■ Anträge der Fraktionen

Der Antrag der SPD, während der Fußball-Weltmeisterschaft 2010 an geeigneter Stelle ein eintrittsfreies Public Viewing mit Fanmeile zu initiieren, wurde von CDU, FDP, freie Wähler abgelehnt, weil in der Espritarena ein Public Viewing (allerdings mit Eintrittsgebühr) angeboten wird. Auch ein Antrag von BÜ 90, die Sportagentur zu bitten zu prüfen, ob an geeigneter Stelle ein eintrittsfreies Public Viewing initiiert werden kann, wurde von CDU, FDP, Freie Wähler angelehnt.

Der Antrag der Fraktion Die Linke, die Arbeitsgemeinschaft Düsseldorf aufzufordern, verstärkt gegen Arbeitgeber gerichtlich vorzugehen, die sittenwidrige Löhne (ein Drittel und mehr unter dem ortsüblichen bzw. Tariflohn) zahlen, wurde von CDU, FDP, freie Wähler, SPD bei Enthaltung von BÜ 90 abgelehnt.

Einstimmig beauftragte der Rat auf Antrag von CDU/FDP die Verwaltung zu prüfen, wie die Taktfrequenz der vom Hauptbahnhof abfahrenden Buslinien des Nachtexpresses NE 3, NE 7 und NE 8 und der Stadtbahnlinien U 74, U 75 und U 79 von einer Stunde auf 30 Minuten versuchsweise für ein Jahr verdichtet werden kann. Abgelehnt wurde von CDU, FDP, freie Wähler (Enthaltung der Linksfraktion) ein Ergänzungsantrag der SPD, die Einführung eines Nachtexpressverkehrs von Sonntag bis Donnerstag zu prüfen und zusätzlich zu prüfen, wie der Nachtexpressverkehr in Abstimmung mit dem Fern- und S-Bahnverkehr an allen Wochentagen so organisiert werden kann, dass alle Stadtteile eingebunden werden können. Auch ein Änderungsantrag von BÜ 90 wurde von CDU, FDP, freie Wähler abgelehnt. Es sollte zusätzlich geprüft werden, wie der Tagverkehr bis 20.30 Uhr und der Abendverkehr bis 1.00 ausgedehnt werden kann.

Mit den Stimmen von CDU (2 Enthaltungen), FDP, freie Wähler beauftragte der Rat auf Antrag von CDU und FDP die Verwaltung, eine Sonntagsöffnung der Stadtteilbüchereien sowie der Zentralbibliothek zu prüfen und eine Initiative zu starten, um die dafür erforderliche Änderung des Arbeitszeitgesetzes zu erreichen. Der Änderungsantrag der SPD zu prüfen, ob die Öffnungszeiten generell optimiert werden können und das 24-Stunden-Angebot der onlineBibliothek verbessert werden kann, wurde einstimmig beschlossen. Dadurch kann auf zusätzliche Sonntagsöffnungszeiten verzichtet werden.

Abgelehnt wurde von CDU, FDP (Enthaltung freie Wähler) der Antrag von BÜ 90/Die Grünen, bei der Optimierung des Gehwegparkens zwingend darauf zu achten, dass die Sicherheit und Leichtigkeit des Fußverkehrs nicht beeinträchtigt werden. Außerdem sollte die Verwaltung die von der Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen geforderten Mindestbreiten für Gehwege beachten.

Der Antrag von BÜ 90/Die Grünen, die Verwaltung zu beauftragen, die 2007 beschlossenen Zeitlinien für die Energieeffizienz bei Neubauten, Erweiterungen und Sanierungen städtischer Gebäude zu aktualisieren, wurde gegen BÜ 90 (Enthaltung Linksfraktion) in den Umweltausschuss überwiesen.

Abgelehnt als bürokratisches Monster wurde von CDU/FDP der Antrag von BÜ 90/Die Grünen, die Verwaltung aufzufordern, haushaltspolitische Auswirkungen auf Geschlechterverhältnisse offen zu legen und daran anknüpfend Prioritäten zu setzen sowie Mittel umzuverteilen, um einen geschlechtersensiblen Haushalt aufzustellen sowie bei der Förderung von Vereinen, Verbänden und Initiativen zukünftig die Anwendung des Prinzips von Gender Mainstreaming zu beachten.

Gegen SPD, BÜ 90 und Die Linke wurde auf Antrag von CDU/FDP die Verwaltung beauftragt, in Abstimmung mit der Agentur für Arbeit und der ARGE ein Konzept zur Orientierung und Qualifizierung von jungen Menschen für das Arbeitsfeld „Kinderbetreuung“ zu erarbeiten.

■ Personalien

Der Rat wählte gegen Linksfraktion bei Enthaltung von SPD und BÜ 90/Die Grünen Manfred Abrahams mit Wirkung zum 1.6.2010 für die Dauer von 8 Jahren zum Stadtkämmerer und bestellte ihn zum Stadtdirektor und allgemeinen Vertreter des Oberbürgermeisters.

Der Rat wählte die stimmberechtigten Abgeordneten zur Mitgliederversammlung des Städtetages NRW am 10.6. in Neuss. Die SPD wird vertreten durch Cornelia Mohrs und Ionnis Vatalis.

Der Rat benannte einstimmig anstelle des verstorbenen Beigeordneten Herrn Leonhardt nun Herrn Beigeordneten Dr. Wilfried Kruse zum Mitglied des Beirats der Flughafen Düsseldorf GmbH. Die SPD ist weiterhin durch Peter Knäpper vertreten.

Der Rat wählte

- aufgrund einer Änderung des Gesellschaftsvertrages für die Aufsichtsratsmitglieder der Düsseldorf Marketing & Tourismus GmbH Stellvertreter. Die SPD-Mitglieder Cornelia Mohrs und Frank Spielmann werden durch Walburga Benninghaus und Burkhard Albes vertreten (Enthaltung Linke).
- Norbert Wolf als Schiedsman für den Bezirk Wittlaer, Angermund, Kalkum (einstimmig).
- in den Integrationsausschuss als beratende Mitglieder einen Vertreter der Ratsfraktion DIE LINKE und als sachverständiges Mitglied den jeweils amtierenden Sprecher bzw. die jeweils amtierende Sprecherin der Arbeitsgemeinschaft der Wohlfahrtsverbände (einstimmig).

Der Rat schlug Vertreter zur Besetzung des Verwaltungsausschusses der Agentur für Arbeit vor. Die SPD wird durch Andreas Rimkus vertreten, Stellvertreterin ist Klaudia Zepuntke.

■ Verwaltungsvorlagen

Der Rat beschloss bei Enthaltung der FDP, für das Public Viewing am 16.7.2010 der Deutschen Oper am Rhein gGmbH einen Sonderzuschuss von Höhe von 250.000 Euro zu gewähren und diese Mittel überplanmäßig bereitzustellen. Die Kosten belaufen sich auf insg. 420.000 Euro. Der Ergänzungsantrag der SPD, darüber hinaus das Public Viewing per Streaming in Echtzeit im Internet abrufbar zu machen, wurde als Empfehlung an die Oper weitergeleitet mit dem Hinweis, etwaige zusätzliche Gema-Gebühren abzuklären.

Der Rat beschloss einstimmig die Erweiterung des Mengenrabatts für die Art:card junior ab 1.9.2010. Bei Abnahme von mindestens 100 Karten kostet die Art:card 10 Euro pro Karte, bei Abnahme von mindestens 500 Karten (oder für alle SchülerInnen einer Schule) 5 Euro pro Karte. Der reguläre Preis beträgt 15 Euro für das 1. Kind, bei Abnahme von 50 Karten kostet die Karte 12 Euro.

Der Rat beschloss bei Enthaltung der Linken eine Zielvereinbarung zur Erlangung des Zertifikates zum Audit „familiengerechte Kommune“. Strukturen, Prozesse, Vernetzungen und Angebote sollen unter dem Blickwinkel der familiengerechten Kommune überprüft und weiterentwickelt werden. Als Handlungsfelder wurden die Familiengerechtigkeit als strategisches Ziel, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Bildungschancen und die Stärkung von Familienkompetenzen benannt.

Der Rat beschloss einstimmig, die Inobhutnahme für Kinder und Jugendlichen bis 18 Jahre dem Jugendamt zu übertragen und die bisherigen Delegationsverträge aufzulösen. Bereits jetzt ist das Kinderhilfzentrum als Abteilung des Jugendamtes für die Kinder bis zum 14. Lebensjahr zuständig. Nunmehr wird auch die Inobhutnahme für Mädchen und Jungen ab 14 Jahre vom Sozialdienst katholischer Frauen und Männer auf das Jugendamt übergehen, wobei den dort beschäftigten Fachkräften ein Angebot zur Neueinstellung bei der Stadt zu den bisherigen Konditionen gemacht wird. Angesichts des Anstiegs der Inobhutnahmen und der schwierigen und mehrschichtigen Problemkonstellationen ist die Einrichtung zusätzlicher Inobhutnahmestellen erforderlich. Es wird mit Mehrkosten in Höhe von 745.000 Euro gerechnet.

Der Rat genehmigte gegen SPD, BÜ 90, Die Linke und einzelne CDU-Mitglieder eine Dringlichkeitsentscheidung zur Freigabe verkaufsoffener Sonntage am 21.3. in Eller aus Anlass des Ostermarktes und am 28.3. in Stadtmitte, Altstadt, Pempelfort, Derendorf und Bilk aus Anlass der Messen Beauty und Top Hair.

Der Rat beschloss einstimmig eine Prüfungsordnung für die Durchführung von Fortbildungsprüfungen für Angestellte im kommunalen Verwaltungsdienst.

■ Investitionen

Der Rat beauftragte einstimmig die Verwaltung mit der Planung folgender Maßnahmen:

- Fassadensanierung des Gebäudes Auf´m Hennekamp 47 (TVG III) mit vorläufigen Gesamtkosten von 4,25 Mio Euro. Die Maßnahme soll in zwei Bauabschnitten durchgeführt werden, die 130 Mitarbeiter müssen in Ausweichquartieren untergebracht werden, Baubeginn ist im 1. Halbjahr 2011 geplant, Fertigstellung Ende 2011/Anfang 2012;
- Kanalbaumaßnahme Gudastraße, Steinweg, Friedrich-Wilhelm-Str., Dreifaltigkeitsstr. (Gerresheim). Ziel der Maßnahmen ist, das bisher unbehandelt und ungedrosselt in die Nördliche Düssel und den Pillebach eingeleitete Regenwasser zusammenzufassen und einer zentralen Behandlungsanlage im Bebauungsplangebiet Am Quellenbusch zuzuführen. Die Regenbeckenanlage ist bereits in Bau. Die Kanalbaumaßnahmen sollen zwischen 2014 und 2021 durchgeführt werden, vorläufige Gesamtkosten 11 Mio Euro.

Der Rat beschloss folgende Maßnahmen:

- Erweiterungsbau für den offenen Ganztagsort am Schulstandort Heerdter Landstr. 186 (Heinrich-Heine-Gemeinschaftsgrundschule) mit Gesamtkosten von 5,75 Mio Euro. Durch einen Neubau werden die beiden vorhandenen Schulgebäude miteinander verbunden. Durch einen behindertengerechten Aufzug wird jeder Raum für motorisch eingeschränkte Personen erreichbar. Baubeginn ist

im November 2010, Fertigstellung im Februar 2012 geplant (einstimmig);

- Kö-Bogen, Verkehrsanlagen 1. Bauabschnitt mit Gesamtkosten von 196,9 Mio Euro. Im 1. Bauabschnitt wird ein Süd-Nord-Tunnel (330 m) von der Berliner Allee ab Einmündung Immermannstraße bis zur Hofgartenstraße (Höhe Theatermuseum) sowie ein Nord-West-Tunnel (330 m) von der Hofgartenstraße (Höhe Drei-Scheiben-Haus) zur Elberfelder Straße errichtet. Die Rampen sind jeweils ca. 80 m lang. Die viergeschossige Tiefgarage, die der Investor des Kö-Bogens baut, wird an den Nord-West-Tunnel angeschlossen mit Einfahrt vor der Rampe Elberfelder Straße und Ausfahrt in Höhe der Rampe Hofgartenstraße. Nördlich der Tunnelrampe Elberfelderstraße verbleibt eine Anliegerfahrbahn mit Parkstreifen für die Andienung von Industrieclub und Parkhotel. Die Tiefgaragen des Drei-Scheiben-Hauses und des Schauspielhauses werden unterirdisch an den Süd-Nord-Tunnel angebunden. Verhandlungen mit den Eigentümern bzw. Erbbauberechtigten laufen. Das Tunnelsystem soll bis Oktober 2013 fertig gestellt werden (gegen SPD, BÜ 90, Die Linke).

Während der langen Sitzung kann die Aufmerksamkeit schon mal etwas nachlassen. Deshalb können mir durchaus Fehler unterlaufen, insbesondere bei den Abstimmungsergebnissen. Insofern darf ich hier auf die offizielle Niederschrift der Ratssitzung verweisen.

Mit freundlichen Grüßen
Helga Leibauer

V.i.S.d.P.: Helga Leibauer, Am Pesch 28, 40625 Düsseldorf, Tel.: 0211 – 29 82 20,
Email: helgaleibauer@arcor.de